



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung
Frau Brigitte Behnisch
Eigerstrasse 65
3000 Bern

Basel, 17. September 2014

Regierungsratsbeschluss vom 16. September 2014

**Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“
Konsultation zum direkten Gegenentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. Juli 2014 an die Kantonsregierungen hat der Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-NR), Herr Ruedi Noser, den Kantonen mit Frist bis 26. September 2014 Gelegenheit zur Stellungnahme zu einem direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ gegeben. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir bestens und lassen uns gerne wie folgt vernehmen.

Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Initianten, dass Ehepaare steuerlich nicht schlechter behandelt werden sollen als andere Lebensgemeinschaften. Er teilt aber auch die Befürchtung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, dass eine Annahme der Initiative einen allfälligen Wechsel zur Individualbesteuerung negativ präjudizieren könnte. Er befürwortet daher den Vorschlag, der Initiative einen Gegenentwurf gegenüberzustellen, um einen allfälligen Wechsel des Gesetzgebers zu einem bestimmten Familienbesteuerungsmodell nicht zu präjudizieren.

Als Text für den Gegenentwurf gibt der Regierungsrat nicht dem Mehrheitsbeschluss, sondern dem Minderheitsantrag 1 den Vorzug. Dieser Antrag erwähnt auch andere gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaften und stellt damit sicher, dass der Gesetzgeber andere Formen des Zusammenlebens gleich wie die Ehe behandelt.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident
Beilage: Fragebogen mit Antworten

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin